

<p>Derzeit gültiger Gesellschaftsvertrag der WOHNEN UND PFLEGEN MAGDEBURG gemeinnützige GmbH</p>	<p>Entwurf des neuen Gesellschaftsvertrages der WOHNEN UND PFLEGEN MAGDEBURG gemeinnützige GmbH</p>
<p>Urkunden vom 10.03.2008/07.08.2008</p>	<p>Stand: 16.02.2012</p>
<p style="text-align: center;">§ 1 Firma, Sitz</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Gesellschaft ist eine gemeinnützig zu führende Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma "WOHNEN UND PFLEGEN MAGDEBURG gemeinnützige GmbH" 2. Sitz der Gesellschaft ist Magdeburg. <p style="text-align: center;">§ 2 Gegenstand des Unternehmens/Gesellschaftszweck</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gegenstand des gemeinnützig auszurichtenden Unternehmens ist die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb von Seniorenwohn- und Pflegeanlagen. 2. Die Gesellschaft kann im Einklang mit § 116 GO LSA darüber hinaus alle Geschäfte als untergeordnete Nebengeschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann Tochterunternehmen zur Erfüllung des Gesellschaftszweckes bilden und sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen und sich zur Durchführung ihrer Aufgaben Dritter bedienen oder Kooperationen und gemeinsame Unternehmen mit Dritten eingehen. 3. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. 	<p style="text-align: center;">§ 1 Firma, Sitz</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die gemeinnützig zu führende Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma "WOHNEN UND PFLEGEN MAGDEBURG gemeinnützige GmbH" 2. Sitz der Gesellschaft ist Magdeburg. <p style="text-align: center;">§ 2 Gegenstand des Unternehmens/Gesellschaftszweck</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gegenstand des gemeinnützig auszurichtenden Unternehmens ist die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb von Seniorenwohn- und Pflegeanlagen. 2. Die Gesellschaft kann im Einklang mit § 116 GO LSA darüber hinaus alle Geschäfte als untergeordnete Nebengeschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann Tochterunternehmen zur Erfüllung des Gesellschaftszweckes bilden und sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen und sich zur Durchführung ihrer Aufgaben Dritter bedienen oder Kooperationen und gemeinsame Unternehmen mit Dritten eingehen. 3. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung.

<p style="text-align: center;">§ 3 Selbstlosigkeit</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. 2. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und auch keine sonstigen Zuwendungen oder verdeckten Gewinnausschüttungen im Sinne des Steuerrechtes aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. 3. Die Gesellschafter erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Gesellschaft <u>oder</u> bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert geleisteter Sacheinlagen zurück. 4. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. 	<p style="text-align: center;">§ 3 Selbstlosigkeit</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke <u>im Sinne der Abgabenordnung</u>. 2. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und auch keine sonstigen Zuwendungen oder verdeckten Gewinnausschüttungen im Sinne des Steuerrechtes aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. 3. Die Gesellschafter erhalten bei ihrem Ausscheiden, bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert <u>der von den Gesellschaftern</u> geleisteten Sacheinlagen zurück. 4. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
<p style="text-align: center;">§ 4 Geschäftsjahr, Dauer</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Gesellschaft ist <u>mit Wirkung zum 1.1.2008</u> auf unbestimmte Zeit errichtet. 2. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. 	<p style="text-align: center;">§ 4 Geschäftsjahr, Dauer</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. 2. Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Zeit errichtet.

<p>§ 5 Bekanntmachungen</p> <p>Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im elektronischen Bundesanzeiger für die Bundesrepublik Deutschland.</p>	<p>§ 5 Bekanntmachungen</p> <p>Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen <u>ausschließlich</u> im elektronischen Bundesanzeiger für die Bundesrepublik Deutschland.</p>
<p>§ 6 Stammkapital, Stammeinlagen</p> <p>1. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 300.000,-- EUR (i. W.: dreihunderttausend Euro) und wird wie folgt erbracht:</p> <p style="padding-left: 20px;">a) Landeshauptstadt Magdeburg 300.000,-- EUR</p> <p>2. Die Leistungen auf die Stammeinlagen sind in voller Höhe erbracht.</p> <p>3. Die Gesellschaft tritt mit allen Rechten und Pflichten gemäß gesondertem Vertrag in die Rechtsnachfolge des Eigenbetriebes der Landeshauptstadt Magdeburg „Städtische Seniorenwohnanlage und Pflegeheime, Magdeburg“ im Sinne der Regelungen des Umwandlungsgesetzes ein.</p>	<p>§ 6 Stammkapital, Stammeinlagen</p> <p>1. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 300.000,-- EUR (i. W.: dreihunderttausend Euro).</p> <p>2. Die Leistungen auf die Stammeinlagen sind in voller Höhe erbracht.</p> <p>3. Die Gesellschaft tritt mit allen Rechten und Pflichten gemäß gesondertem Vertrag in die Rechtsnachfolge des Eigenbetriebes der Landeshauptstadt Magdeburg „Städtische Seniorenwohnanlage und Pflegeheime, Magdeburg“ im Sinne der Regelungen des Umwandlungsgesetzes ein.</p>
	<p><u>§ 7</u> <u>Organe der Gesellschaft</u></p> <p><u>Organe der Gesellschaft sind</u></p> <p>1. <u>die Geschäftsführung,</u></p> <p>2. <u>der Aufsichtsrat,</u></p> <p>3. <u>die Gesellschafterversammlung.</u></p>

<p style="text-align: center;">§ 7</p> <p style="text-align: center;">Geschäftsführer, Vertretung</p>	<p style="text-align: center;">§ 8</p> <p style="text-align: center;">Geschäftsführer, Vertretung</p>
<p>1. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft alleine. Sind zwei oder mehrere Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft gemeinschaftlich durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder – sofern durch die Gesellschaft Prokuren erteilt wurden- durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. <u>Die Gesellschafterversammlung kann einzelnen Geschäftsführern Einzelvertretungsbefugnis erteilen und/oder sie von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien.</u> (neuer Vertrag § 8, Ziffer 4)</p> <p>2. Die Geschäftsführer werden durch die Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Die Bestellung erfolgt auf höchstens fünf Jahre. Frühestens <u>9</u> Monate und spätestens ein halbes Jahr vor Ablauf <u>der Bestellung</u> ist eine Beschlussfassung über die Neu- und Weiterbestellung herbeizuführen.</p> <p>3. Bei Abschluss, Änderung oder Beendigung von Anstellungsverträgen mit Geschäftsführern wird die Gesellschaft durch den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg vertreten.</p> <p>4. <u>Die Rechte und Pflichten der Geschäftsführer ergeben sich aus dem Gesetz, dem Anstellungsvertrag und den von den Gesellschaftern gegebenen Anweisun-</u></p>	<p>1. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft alleine. Sind zwei oder mehrere Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft gemeinschaftlich durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten.</p> <p>2. Die Geschäftsführer werden durch die Gesellschafterversammlung <u>auf der Grundlage eines Beschlusses des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg</u> bestellt und abberufen. Die Bestellung erfolgt auf höchstens fünf Jahre. Frühestens <u>12</u> Monate und spätestens ein halbes Jahr vor Ablauf ist eine Beschlussfassung über die Neu- und Weiterbestellung herbeizuführen. <u>Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, bleibt dieser über die Fünf-Jahres-Frist hinaus bis zur Neubestellung im Amt.</u></p> <p>3. Bei Abschluss, Änderung oder Beendigung von Anstellungsverträgen mit Geschäftsführern wird die Gesellschaft durch den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg vertreten.</p>

<p><u>gen. Die Gesellschafter können eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführer beschließen.</u></p> <p>5. <u>Die Vertretungsbefugnis der Geschäftsführer (im Außenverhältnis) ist unbeschränkt. Die Geschäftsführung bedarf der Zustimmung der Gesellschafterversammlung zu allen Geschäften und Handlungen, die über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb hinausgehen (vgl. § 8)</u></p> <p>6. <u>Die Dienstverträge, aus denen sich die Rechte und Pflichten der Geschäftsführer im Einzelnen ergeben, sind an die Schriftform gebunden.</u></p>	<p>4. Die Gesellschafterversammlung kann einzelne Geschäftsführer zur Alleinvertretung ermächtigen und/oder sie von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien. (alter Vertrag § 7, Ziffer 1, letzter Satz)</p>
<p style="text-align: center;">§ 8</p> <p style="text-align: center;">Geschäftsführung, <u>zustimmungspflichtige Geschäfte</u></p> <p>1. Die Geschäftsführer sind verpflichtet, die Geschäfte der Gesellschaft in Übereinstimmung mit dem Gesetz, diesem Gesellschaftsvertrag <u>sowie den Beschlüssen</u> und den Weisungen der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrats zu führen.</p> <p>2. Mehrere Geschäftsführer sind - unbeschadet ihrer Vertretungsmacht nach außen - nur gemeinschaftlich zur Geschäftsführung befugt. Die Geschäftsführer haben sich eine Geschäftsordnung zu geben, die der Zustimmung des Auf-</p>	<p style="text-align: center;">§ 9</p> <p style="text-align: center;">Geschäftsführung</p> <p>1. Die Geschäftsführer sind verpflichtet, die Geschäfte der Gesellschaft in Übereinstimmung mit dem Gesetz, diesem Gesellschaftsvertrag sowie den Weisungen der Gesellschafterversammlung und den Beschlüssen des Aufsichtsrats zu führen.</p> <p>2. Mehrere Geschäftsführer sind - unbeschadet ihrer Vertretungsmacht nach außen - nur gemeinschaftlich zur Geschäftsführung befugt. Die Geschäftsführer haben sich eine Geschäftsordnung zu geben, die der Zustimmung des Auf-</p>

<p>sichtsrats bedarf.</p> <p>3. Die Geschäftsführungsbefugnis erstreckt sich auf alle Maßnahmen, die der gewöhnliche Geschäftsbetrieb der Gesellschaft mit sich bringt und die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks dienlich erscheinen.</p> <p>Die folgenden Geschäfte bedürfen <u>vor der rechtswirksamen Bindung der Gesellschaft</u> der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrats:</p> <p>a) Durchführung von Investitionen (auch auf Leasingbasis) soweit die Anschaffungs- oder Herstellungskosten die im genehmigten Wirtschaftsplan festgelegten Werte überschreiten oder von solchen Investitionen, die im Wirtschaftsplan nicht enthalten sind,</p> <p>b) Abschluss, Änderung oder Beendigung von Miet-, Pacht- und <u>ähnlichen</u> Verträgen mit einer Laufzeit oder Kündigungsfrist von mehr als einem Jahr oder einer Jahresmiete oder -pacht von mehr als 25.000. EUR, sofern die Gesellschaft in diesen Verträgen die Stellung eines Mieters, Pächters o.ä. einnimmt,</p> <p>c) Bestellung und Abberufung von Prokuristen, General- und Handlungsbevollmächtigten sowie Abschluss, Änderung oder Auflösung der mit diesen zu schließenden Dienstverträge,</p> <p>d) Abschluss, Änderung und einvernehmliche Aufhebung von freiberuflichen Anstellungsverträgen; jeglichen Beratungs- und ähnlichen Dienstleistungsverträgen, sofern die Jahresbezüge Brutto 50.000 EUR oder bei jahresübergreifender und/oder wiederholter Beschäftigung insgesamt Brutto 50.000 EUR übersteigen oder durch eine Änderung</p>	<p>sichtsrats bedarf.</p> <p>3. Die Geschäftsführungsbefugnis erstreckt sich auf alle Maßnahmen, die der gewöhnliche Geschäftsbetrieb der Gesellschaft mit sich bringt und die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks dienlich erscheinen.</p> <p>Die folgenden Geschäfte bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrats:</p> <p>a) Durchführung von Investitionen (auch auf Leasingbasis) soweit die Anschaffungs- oder Herstellungskosten die im genehmigten Wirtschaftsplan <u>(einschl. Investitions- oder Finanzplanung)</u> festgelegten Werte überschreiten oder von solchen Investitionen, die im Wirtschaftsplan nicht enthalten sind,</p> <p>b) Abschluss, Änderung oder Beendigung von Miet-, Pacht-, <u>Lizenz-</u> und <u>sonstigen</u> Verträgen mit einer Laufzeit oder Kündigungsfrist von mehr als einem Jahr oder einer Jahresmiete oder -pacht von mehr als 25 Tsd. EUR <u>brutto</u>, sofern die Gesellschaft in diesen Verträgen die Stellung eines Mieters, Pächters o.ä. einnimmt,</p> <p>c) Bestellung und Abberufung von Prokuristen, General- und Handlungsbevollmächtigten sowie Abschluss, Änderung oder Auflösung der mit diesen zu schließenden Dienstverträge,</p> <p>d) Abschluss, Änderung und einvernehmliche Aufhebung von freiberuflichen Anstellungsverträgen; jeglichen Beratungs- und ähnlichen Dienstleistungsverträgen, sofern die Jahresbezüge 50 Tsd. EUR brutto oder bei jahresübergreifender und/oder wiederholter Beschäftigung insgesamt 50 Tsd. EUR brutto übersteigen oder durch eine Änderung</p>
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<p>übersteigen würden oder mit einer längeren Kündigungsfrist als sechs Monaten,</p> <p>e) Übernahme von Bürgschaften, Abgabe von Patronatserklärungen oder Garantieverprechen, soweit diese nicht zum üblichen Geschäftsverkehr gehören sowie die Übernahme der dinglichen Haftung für fremde Verbindlichkeiten, (neuer Vertrag § 9, Bst. f)</p> <p>f) Gewährung von Darlehen, (neuer Vertrag § 9, Bst. j)</p> <p>g) Einleitung von Aktivprozessen mit einem Streitwert von mehr als 25.000 EUR, Abschluss von Vergleichen oder Erlass von Forderungen, soweit dies außerhalb des üblichen Geschäftsverkehrs geschieht, (neuer Vertrag § 9, Bst. h)</p> <p>h) Vereinbarungen über Altersversorgungen, Gewinnbeteiligungen oder sonstige Zuwendungen an Belegschaftsmitglieder, mit Ausnahme der üblichen Gratifikationen sowie Urlaubsgeld, (neuer Vertrag § 9, Bst. e)</p> <p>i) Wahrnehmung der Gesellschafterrechte bei Beteiligungsunternehmen, (neuer Vertrag § 9, Bst. k)</p> <p>j) Einstellung von Mitarbeitern ab der Entgeltgruppe 10 TVöD bzw. mit einem Jahresbruttogehalt von mehr als 50.000 EUR, (neuer Vertrag § 9, Bst. m)</p> <p>k) Vornahme von jeglichen Geschäften, die für die Gesellschaft von besonderer Bedeutung sind, (neuer Vertrag § 9, Bst. l)</p>	<p>übersteigen würden oder mit einer längeren Kündigungsfrist als sechs Monaten,</p> <p>e) Vereinbarungen über Altersversorgungen, Gewinnbeteiligungen oder sonstige Zuwendungen an Belegschaftsmitglieder, mit Ausnahme der üblichen Gratifikationen sowie des Urlaubsgeldes, (alter Vertrag § 8, Bst. h)</p> <p>f) Übernahme von Bürgschaften, Abgabe von Patronatserklärungen oder Garantieverprechen, soweit diese nicht zum üblichen Geschäftsverkehr gehören sowie die Übernahme der dinglichen Haftung für fremde Verbindlichkeiten, (alter Vertrag § 8, Bst. e)</p> <p>g) <u>Aufnahme von langfristigen Krediten, sowie von solchen, durch die die im genehmigten Wirtschaftsplan festgelegten Kreditlinien überschritten werden und entsprechende Beschlussempfehlung an die Gesellschafterversammlung,</u></p> <p>h) Einleitung von Aktivprozessen mit einem Streitwert von mehr als 25 Tsd. EUR, Abschluss von Vergleichen oder Erlass von Forderungen, soweit dies außerhalb des üblichen Geschäftsverkehrs geschieht, (alter Vertrag § 8, Bst. g)</p> <p>i) <u>Erwerb, Belastung oder Veräußerung von Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten sowie die Errichtung von Gebäuden,</u></p> <p>j) Gewährung von Darlehen, (alter Vertrag § 8, Bst. f)</p> <p>k) Wahrnehmung der Gesellschafterrechte bei Beteiligungsunternehmen, (alter Vertrag § 8, Bst. i)</p> <p>l) Vornahme von jeglichen Geschäften, die für die Gesellschaft von besonderer Bedeutung sind, (alter Vertrag § 8, Bst. k)</p> <p>m) Einstellung von Mitarbeitern ab der Entgeltgruppe 10 TVöD bzw. mit einem Jahresbruttogehalt von mehr als 50.000 EUR,</p> <p>n) <u>Auswahl des Abschlussprüfers und Beschlussempfehlung an die Gesellschafterversammlung sowie Er-</u></p>
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<p>Der Aufsichtsrat kann die Zustimmung für bestimmte Arten von Geschäften im Voraus erteilen, weitere Geschäftsführungsmaßnahmen seiner Zustimmung vorbehalten und die Geschäftsführer von den Beschränkungen ganz oder teilweise befreien.</p> <p style="text-align: center;">§ 9 Aufsichtsrat</p> <p>1. Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat besteht aus 10 Mitgliedern. Davon wird ein Aufsichtsratsmitglied durch den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg entsandt. Weitere 7 Aufsichtsratsmitglieder werden unter Berücksichtigung des § 119 Abs. 2 GO-LSA vom Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg entsandt.</p> <p>Darüber hinaus wird ein weiteres Aufsichtsratsmitglied mit ausgewiesener betriebswirtschaftlicher und gesellschaftsrechtlicher Kompetenz und Erfahrung von der Gesellschafterversammlung bestellt. Ein weiteres Aufsichtsratsmitglied wird durch den Betriebsrat entsandt.</p>	<p><u>teilung des Prüfauftrages an den von der Gesellschafterversammlung gewählten Abschlussprüfer,</u></p> <p>o) <u>Beratung des Wirtschaftsplans und Beschlussempfehlung an die Gesellschafterversammlung,</u></p> <p>p) <u>Prüfung und Beratung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes und Beschlussempfehlung an die Gesellschafterversammlung über die Feststellung des Jahresergebnisses und die Ergebnisverwendung.</u></p> <p>Der Aufsichtsrat kann die Zustimmung für bestimmte Arten von Geschäften im Voraus erteilen, weitere Geschäftsführungsmaßnahmen seiner Zustimmung vorbehalten und die Geschäftsführer von den Beschränkungen ganz oder teilweise befreien.</p> <p style="text-align: center;">§ 10 Aufsichtsrat</p> <p>1. Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat besteht aus 10 Mitgliedern. <u>Die Aufsichtsratsmitglieder werden unter Berücksichtigung des § 119 Abs. 2 GO-LSA entsandt. Der Oberbürgermeister entsendet das erste, der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg weitere sieben Aufsichtsratsmitglieder, die dem Stadtrat angehören. Die Entsendung der Stadträte erfolgt auf Vorschlag der Fraktionen des Stadtrates.</u></p> <p>Darüber hinaus wird ein weiteres Aufsichtsratsmitglied mit ausgewiesener betriebswirtschaftlicher und gesellschaftsrechtlicher Kompetenz und Erfahrung <u>auf Vorschlag des Oberbürgermeisters mit Zustimmung des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg</u> durch die Gesell-</p>
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<p>In den Aufsichtsrat kann nur entsandt werden, wer in keinem unmittelbaren oder mittelbaren Wettbewerbsverhältnis zur Gesellschaft steht und wer kein eigenes wirtschaftliches Interesse am Geschäftszweck der Gesellschaft hat, es sei denn, <u>die Gesellschafterversammlung lässt im Einzelfall Ausnahmen zu.</u></p> <p>2. Entsandte Aufsichtsratsmitglieder können von dem Entsendenden jederzeit abberufen werden, wenn zugleich ein anderes Aufsichtsratsmitglied entsandt wird.</p> <p>Aufsichtsratsmitglieder sind berechtigt, durch schriftliche Erklärung gegenüber der Gesellschaft jederzeit - auch ohne wichtigen Grund - ihr Amt mit sofortiger Wirkung niederzulegen.</p> <p>3. Der Aufsichtsrat wird durch den Vorsitzenden oder im Fall seiner Verhinderung durch seinen Stellvertreter einberufen. Die Einladung hat unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen zu erfolgen; ihr ist die Tagesordnung beizufügen. Auf die Einhaltung der Einladungsfrist kann verzichtet werden, wenn alle Aufsichtsratsmitglieder dem zustimmen. (neuer Vertrag § 10, Pkt. 4, 1. Absatz)</p> <p>Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen. (neuer Vertrag § 10, Pkt. 5, 1. Absatz)</p>	<p>schafterversammlung bestellt. Ein weiteres Aufsichtsratsmitglied wird durch den Betriebsrat entsandt.</p> <p>In den Aufsichtsrat kann nur entsandt werden, wer in keinem unmittelbaren oder mittelbaren Wettbewerbsverhältnis zur Gesellschaft steht und wer kein eigenes wirtschaftliches Interesse am Geschäftszweck der Gesellschaft hat, es sei denn, <u>der Stadtrat beschließt ein anderes.</u></p> <p><u>Der Aufsichtsrat gibt sich eine Geschäftsordnung.</u></p> <p>2. Entsandte Aufsichtsratsmitglieder können von dem Entsendenden jederzeit abberufen werden, wenn zugleich ein anderes Aufsichtsratsmitglied entsandt wird.</p> <p>Aufsichtsratsmitglieder sind berechtigt, durch schriftliche Erklärung gegenüber der Gesellschaft jederzeit - auch ohne wichtigen Grund - ihr Amt mit sofortiger Wirkung niederzulegen.</p> <p>3. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Scheiden der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter aus welchen Gründen auch immer aus dem Aufsichtsrat aus, ist unverzüglich, jedoch spätestens in der nächsten Sitzung eine Ersatzwahl für den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter durchzuführen. (alter Vertrag § 9, Pkt. 3, letzter Absatz)</p> <p>4. Der Aufsichtsrat wird durch den Vorsitzenden oder im Fall seiner Verhinderung durch seinen Stellvertreter einberufen. <u>Die Einberufung erfolgt schriftlich an jedes Aufsichtsratsmitglied unter Angabe</u></p>
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<p>Abwesende Aufsichtsratsmitglieder können dadurch an der Beschlussfassung teilnehmen, dass sie schriftliche Stimmabgaben durch andere Aufsichtsratsmitglieder überreichen lassen. (neuer Vertrag § 10, Pkt. 6, 2. Absatz)</p> <p>Der Aufsichtsrat fasst seine Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. (neuer Vertrag § 10, Pkt. 6,1. Absatz)</p> <p>Beschlüsse können auch außerhalb von Aufsichtsratssitzungen durch schriftliche oder telekommunikative Abstimmung gefasst werden, wenn alle Aufsichtsratsmitglieder mit diesem Verfahren einverstanden sind. Diese Abstimmungen werden vom Aufsichtsratsvorsitzenden oder seinem Stellvertreter herbeigeführt. Das Abstimmungsergebnis ist der Geschäftsführung und den Aufsichtsratsmitgliedern innerhalb von <u>zwei Wochen</u> vom Aufsichtsratsvorsitzenden oder seinem Stellvertreter mitzuteilen. (neuer Vertrag § 10, Pkt. 6, 3. Absatz)</p> <p>Der Aufsichtsrat soll mindestens vier Mal pro Jahr tagen. Über die Sitzungen sind Niederschriften anzufertigen, <u>die von dem jeweiligen Sitzungsleiter</u> zu unterzeichnen sind. (neuer Vertrag § 10, Pkt. 9)</p> <p>Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Scheiden der Vorsitzende oder stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates aus welchen Gründen auch immer aus dem Aufsichtsrat aus, ist unverzüglich, jedoch spätestens in der nächsten Sitzung eine Ersatzwahl für</p>	<p><u>von Ort, Tag und Zeit</u> mit einer Frist von zwei Wochen. Der Einladung sind die Tagesordnung, <u>die Beschlussvorschläge und die relevanten Unterlagen beizufügen. Tischvorlagen sind in begründeten Ausnahmen möglich.</u> Auf die Einhaltung der Ladungsfrist kann verzichtet werden, wenn alle Aufsichtsratsmitglieder dem zustimmen. (alter Vertrag § 9, Pkt. 3, 1. Absatz)</p> <p><u>Jedes Aufsichtsratsmitglied und jeder Geschäftsführer kann unter Angabe der Beschlussgegenstände die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung des Aufsichtsrates verlangen, hierbei ist eine Ladungsfrist von mindestens einer Woche einzuhalten.</u></p> <p>5. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen. (alter Vertrag § 9, Pkt. 3, 2. Absatz)</p> <p><u>Ist der Aufsichtsrat danach beschlussunfähig, so hat binnen zwei Wochen eine weitere Sitzung des Aufsichtsrats stattzufinden, die ohne weiteres beschlussfähig ist. In der Einladung zu dieser Sitzung ist darauf hinzuweisen, dass der Aufsichtsrat in jedem Fall beschlussfähig sein wird.</u></p> <p>6. Aufsichtsratsbeschlüsse bedürfen der einfachen Mehrheit, bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Aufsichtsratsvorsitzenden, <u>bei dessen Verhinderung die des stellv. Aufsichtsratsvorsitzenden.</u> (alter Vertrag § 9, Pkt. 3, 4. Absatz)</p> <p>Abwesende Aufsichtsratsmitglieder können dadurch an der Beschlussfassung teilnehmen, dass sie schriftliche Stimmabgaben durch andere Aufsichtsratsmit-</p>
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<p>den Vorsitzenden bzw. stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Gesellschaft durchzuführen. (neuer Vertrag § 10, Pkt. 3)</p> <p>4. Der Aufsichtsrat überwacht und berät die Geschäftsführung. Er ist zuständig für alle Maßnahmen und Beschlüsse, die nach Maßgabe dieses Vertrages in seinen Zuständigkeitsbereich fallen, also insbesondere die Maßnahmen nach § 8 dieses Vertrages. (neuer Vertrag § 10, Pkt. 7)</p> <p>5. <u>Die Geschäftsführer sind berechtigt, auf Verlangen des Aufsichtsrates auch verpflichtet, an den Aufsichtsratssitzungen teilzunehmen.</u> Jedes Aufsichtsratsmitglied kann den Ausschluss der Geschäftsführer von der Teilnahme an einzelnen Tagesordnungspunkten von Aufsichtsratssitzungen, insbesondere betr. Personalangelegenheiten, verlangen. (neuer Vertrag § 10, Pkt. 8)</p> <p>6. <u>Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten für ihre Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung/Sitzungsgeld in Höhe von 55 Euro zuzügl. ggf. auszuweisender Umsatzsteuer pro Sitzungsteilnahme. Darüber hinaus wird den Mitgliedern des Aufsichtsrates keine Vergütung gewährt.</u> (neuer Vertrag § 10, Pkt. 10)</p>	<p>glieder überreichen lassen. (alter Vertrag § 9, Pkt. 3, 3. Absatz)</p> <p>Aufsichtsratsbeschlüsse können auch – <u>soweit nicht zwingendes Recht eine andere Form vorsieht</u> – schriftlich oder fernschriftlich gefasst werden, wenn alle Aufsichtsratsmitglieder mit diesem Verfahren einverstanden sind. Diese Abstimmungen werden vom Aufsichtsratsvorsitzenden oder seinem Stellvertreter herbeigeführt. Das Abstimmungsergebnis ist der Geschäftsführung, <u>allen</u> Aufsichtsratsmitgliedern <u>und der Beteiligungsverwaltung</u> innerhalb einer Frist von <u>vier Wochen</u> vom Aufsichtsratsvorsitzenden oder <u>im Verhinderungsfalle</u> seinem Stellvertreter <u>schriftlich</u> mitzuteilen. (alter Vertrag § 9, Pkt. 3, 4. Absatz)</p> <p>7. Der Aufsichtsrat überwacht und berät die Geschäftsführung. Er ist zuständig für alle Maßnahmen und Beschlüsse, die <u>nach Maßgabe dieses Vertrages in seinen Zuständigkeitsbereich fallen</u>, also insbesondere die Maßnahmen nach § 9 Abs. 3 dieses Vertrages. (alter Vertrag § 9, Pkt. 4)</p> <p>8. <u>Die Geschäftsführung hat grundsätzlich, soweit nicht die Mehrheit der Aufsichtsratsmitglieder dem ausdrücklich widerspricht, an den Aufsichtsratssitzungen teilzunehmen.</u> Jedes Aufsichtsratsmitglied kann den Ausschluss der Geschäftsführung von der Teilnahme an einzelnen Tagesordnungspunkten, insbesondere bei Personalangelegenheiten, verlangen. <u>Die Teilnahme sonstiger Dritter kann nur mit Einverständnis aller Aufsichtsratsmitglieder erfolgen.</u> (alter Ver-</p>
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<p style="text-align: center;">§ 10</p> <p style="text-align: center;">Gesellschafterversammlung</p> <p>1. <u>Die Gesellschafterin Landeshauptstadt Magdeburg wird gemäß § 119 Abs. 1 GO LSA in der Gesellschafterversammlung durch den Oberbürgermeister oder einen von ihm beauftragten Bevollmächtigten vertreten.</u> Darüber hinaus entsendet der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg zwei weitere Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Bevollmächtigungen von Vertretern bedürfen der Schriftform.</p>	<p>trag § 9, Pkt. 5)</p> <p>9. Der Aufsichtsrat sollte mindestens vier Mal pro Jahr tagen. Über die Sitzungen sind Niederschriften anzufertigen, <u>die vom Protokollanten und dem Aufsichtsratsvorsitzenden oder dem Sitzungsleiter zu unterzeichnen und jedem Aufsichtsratsmitglied sowie der Beteiligungsverwaltung innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Sitzung zu übersenden sind.</u> (alter Vertrag § 9, Pkt. 3, 5. Absatz)</p> <p>10. <u>Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten für ihre Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung, deren Höhe durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festzulegen ist.</u> (alter Vertrag § 9, Pkt. 6)</p> <p style="text-align: center;">§ 11</p> <p style="text-align: center;">Gesellschafterversammlung</p> <p>1. <u>Der Oberbürgermeister vertritt die Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 119 Abs. 1 GO LSA in der Gesellschafterversammlung, er kann einen Beamten oder Arbeitnehmer der Landeshauptstadt Magdeburg mit seiner Vertretung beauftragen.</u> Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg entsendet zwei weitere Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Bevollmächtigungen von Vertretern bedürfen der Schriftform.</p> <p><u>Die Mitgliedschaft gemeindlicher Vertreter in der Gesellschafterversammlung endet mit ihrem Ausscheiden aus dem Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg.</u></p>
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<p>2. Die Sitzungen der Gesellschafterversammlung werden durch die Geschäftsführung in Abstimmung dem Aufsichtsratsvorsitzenden mindestens einmal im Jahr zur Feststellung des <u>dann vorliegenden Jahresabschlusses der Gesellschaft</u> und <u>zur Beschlussfassung über die Gewinnverwendung</u> einberufen. Die Einberufung erfolgt schriftlich an jeden Gesellschaftervertreter unter Angabe von Ort, Tag und Zeit mit einer <u>Frist von mindestens zwei Wochen</u>. Der Einberufung ist die Tagesordnung beizufügen. (neuer Vertrag § 11, Pkt. 3)</p> <p>Im Übrigen ist eine Sitzung der Gesellschafterversammlung stets dann einzuberufen, wenn dies im Interesse der Gesellschaft erforderlich ist.</p>	<p>2. Die Sitzungen der Gesellschafterversammlung werden durch die Geschäftsführung in Abstimmung mit dem <u>Vorsitzführenden der Gesellschafterversammlung</u> und dem Aufsichtsratsvorsitzenden mindestens einmal im Jahr zur Feststellung des Jahresabschlusses und <u>Herbeiführung des Ergebnisverwendungsbeschlusses der Gesellschaft, zur Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates und der Bestellung des Jahresabschlussprüfers für das Folgejahr einberufen. Die v.g. Beschlussfassungen sollen jeweils bis zum 30. September erfolgen</u>. Im Übrigen ist eine Sitzung der Gesellschafterversammlung stets dann einzuberufen, wenn dies im Interesse der Gesellschaft erforderlich ist.</p> <p>3. Die Einberufung erfolgt schriftlich an jeden Gesellschaftervertreter unter Angabe von Ort, Tag und Zeit mit einer <u>Frist von vier Wochen</u>. Der Einladung sind die Tagesordnung, <u>die Beschlussvorschläge und die relevanten Beratungsunterlagen beizufügen</u>. (alter Vertrag § 10, Pkt. 2)</p>
<p>3. Eine ordnungsgemäß einberufene Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, <u>wenn der Gesellschafter anwesend oder vertreten ist</u>. Ist die Gesellschafterversammlung nicht beschlussfähig, so ist eine neue Versammlung unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen einzuberufen. Diese Gesellschafterversammlung ist in jedem Falle beschlussfähig, auch wenn die vorstehend genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind. (neuer Vertrag § 11, Pkt. 4)</p> <p>Sind sämtliche Gesellschaftervertreter anwesend und mit der Beschlussfassung</p>	<p>4. Eine ordnungsgemäß einberufene Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, <u>wenn mindestens zwei Drittel der Gesellschaftervertreter anwesend und alle Gesellschafter vertreten sind</u>. Ist die Gesellschafterversammlung nicht beschlussfähig, ist wiederholt eine Gesellschafterversammlung unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen <u>mit gleicher Tagesordnung einzuberufen</u>. Diese Gesellschafterversammlung ist in jedem Falle beschlussfähig, auch wenn die vorstehend genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind. (alter Vertrag § 10, Pkt. 3, 1. Absatz)</p>

<p>einverstanden, so können Beschlüsse auch gefasst werden, wenn die für die Einberufung und Ankündigung geltenden gesetzlichen oder gesellschaftsvertraglichen Vorschriften nicht eingehalten worden sind. (neuer Vertrag § 11, Pkt. 4, 2. Absatz)</p> <p>4. Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg oder sein bevollmächtigter ständiger Vertreter in der Gesellschafterversammlung leitet die Gesellschafterversammlungen. (neuer Vertrag § 11, Pkt. 8)</p> <p>Soweit über die Verhandlungen der Gesellschafterversammlung nicht eine notarielle Urkunde aufgenommen wird, ist über den Verlauf der Versammlung eine Niederschrift anzufertigen, die von den <u>anwesenden Gesellschaftervertretern</u> zu unterzeichnen und jedem Gesellschaftervertreter in Kopie zu übersenden ist. (neuer Vertrag § 11, Pkt. 7)</p> <p>5. Jedes Organ der Gesellschaft kann unter Angabe der Beschlussgegenstände die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung der Gesellschafterversammlung verlangen, <u>wobei für außerordentliche Gesellschafterversammlungen eine Einladungsfrist von mindestens zwei Wochen einzuhalten ist.</u></p> <p>6. Geschäftsführer und <u>Mitglieder des Aufsichtsrates</u> können an den Sitzungen der Gesellschafterversammlung teilnehmen, sofern kein Gesellschaftervertreter dem ausdrücklich widerspricht.</p>	<p>Sind sämtliche Gesellschaftervertreter anwesend und mit der Beschlussfassung einverstanden, so können Beschlüsse auch gefasst werden, wenn die für die Einberufung und Ankündigung geltenden gesetzlichen oder gesellschaftsvertraglichen Vorschriften nicht eingehalten worden sind. (alter Vertrag § 10, Pkt. 3, 2. Absatz)</p> <p>5. Jedes Organ der Gesellschaft kann unter Angabe der Beschlussgegenstände die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung der Gesellschafterversammlung verlangen, hierbei ist eine Einladungsfrist von <u>mindestens einer Woche einzuhalten.</u></p> <p>6. Die Geschäftsführung <u>und der Aufsichtsratsvorsitzende</u> sollten grundsätzlich, soweit kein Gesellschaftervertreter im Einzelfall dem ausdrücklich widerspricht, an den Sitzungen der Gesellschafterversammlung teilnehmen. <u>Die Teilnahme von sonstigen Mitgliedern des Aufsichtsrates sowie sonstiger Dritter kann nur mit Einverständnis aller anwesenden Gesell-</u></p>
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<p style="text-align: center;">§ 11 Gesellschafterbeschlüsse</p> <p>1. Gesellschafterbeschlüsse werden in Versammlungen gefasst. Je 50 EUR Stammeinlage gewähren eine Stimme. Ein Gesellschafter kann seine Stimmrechte nur einheitlich ausüben. Bei der Ausübung des Stimmrechts unterliegen die Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Magdeburg <u>entsprechend Hauptsatzung</u> den Weisungen <u>des Oberbürgermeisters</u> und des Stadtrates.</p> <p>2. Gesellschafterbeschlüsse bedürfen der einfachen Mehrheit, es sei denn, das Gesetz oder <u>die Satzung</u> sehen im Einzelfall eine größere Mehrheit</p>	<p><u>schaftervertreter erfolgen.</u></p> <p>7. Soweit über die Verhandlungen der Gesellschafterversammlung nicht eine notarielle Urkunde aufgenommen wird, ist über den Verlauf der Versammlung eine Niederschrift anzufertigen, <u>die vom Protokollanten und dem Vorsitzführenden der Gesellschafterversammlung</u> zu unterzeichnen und jedem Gesellschaftervertreter <u>sowie der Beteiligungsverwaltung innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Versammlung</u> zu übersenden ist. (alter Vertrag § 10, Pkt. 4, 2. Absatz)</p> <p>8. Der Oberbürgermeister oder sein bevollmächtigter Vertreter führt den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung. (alter Vertrag § 10, Pkt. 4, 1. Absatz)</p> <p style="text-align: center;">§ 12 Gesellschafterbeschlüsse</p> <p>1. Die Beschlüsse der Gesellschaftervertreter werden in Versammlungen gefasst. Je 50 EUR Stammeinlage gewähren eine Stimme. Ein Gesellschafter kann seine Stimmrechte nur einheitlich ausüben. Bei der Ausübung des Stimmrechts unterliegen die Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Magdeburg den Weisungen des Stadtrates. <u>Vor Beschlussfassung ist durch die städtischen Vertreter zu prüfen, ob der konkret zu fassende Beschluss dem Weisungsrecht des Stadtrates unterliegt.</u></p> <p>Gesellschafterbeschlüsse bedürfen der einfachen Mehrheit, es sei denn, das Gesetz oder <u>der Gesellschaftsvertrag</u></p>
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<p>vor. <u>Gesellschafterbeschlüsse zu den Gegenständen nach § 11, Abs. 3, Buchstaben a) bis i) bedürfen der Einstimmigkeit der Beschlussfassung.</u></p> <p>Gesellschafterbeschlüsse können auch - soweit nicht zwingendes Recht eine andere Form vorsieht – schriftlich, fernschriftlich oder <u>telegrafisch</u> gefasst werden, sofern sich jeder Gesellschaftervertreter an der Beschlussfassung beteiligt. Über derartige Beschlüsse ist ein Protokoll zu fertigen, <u>das den Gesellschaftervertretern</u> zu übersenden ist.</p> <p>3. Neben den in § 46 GmbHG aufgeführten</p>	<p>sehen im Einzelfall eine größere Mehrheit vor.</p> <p>Gesellschafterbeschlüsse können auch - soweit nicht zwingendes Recht eine andere Form vorsieht – schriftlich und fernschriftlich gefasst werden, sofern sich jeder Gesellschaftervertreter an der Beschlussfassung beteiligt. Über derartige Beschlüsse ist ein Protokoll zu fertigen, <u>das vom Vorsitzführenden der Gesellschafterversammlung zu unterzeichnen und an jeden Gesellschaftervertreter und die Beteiligungsverwaltung innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Beschlussfassung zu übersenden ist.</u></p> <p>2. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung können von den Gesellschaftern nur innerhalb einer Frist von einem Monat seit der Beschlussfassung angefochten werden.</p> <p>Die Anfechtungsfrist beginnt</p> <p>a) bei Beschlüssen in einer Gesellschafterversammlung mit dem der Versammlung folgenden Tag,</p> <p>b) bei schriftlichen und fernschriftlichen Beschlüssen mit Ablauf des dritten Tages, der der Absendung <u>des vom Vorsitzführenden der Gesellschafterversammlung unterzeichneten</u> Protokolls folgt.</p> <p>Die Anfechtungsfrist ist nur gewahrt, wenn innerhalb der Frist das zuständige Gericht angerufen wird. (alter Vertrag § 12)</p>
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<p>Beschlusszuständigkeiten hat die Gesellschafterversammlung zu beschließen über die</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Veräußerung des Unternehmens oder von wesentlichen Teilen sowie Aufnahme neuer bzw. Aufgabe bestehender Geschäftszweige, b) Erwerb und Veräußerung sowie Verfügungen über Beteiligungen an anderen Unternehmen, ferner Abschluss, Änderung und Aufhebung von Unternehmensverträgen, c) Errichtung oder Aufgabe von Zweigniederlassungen, d) Erwerb, Belastung und Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten sowie die Errichtung von Gebäuden, <u>soweit diese zum Betriebsvermögen der Gesellschaft gehören,</u> e) Aufnahme von langfristigen Krediten, sowie von solchen, durch die die im genehmigten Wirtschaftsplan festgelegten Kreditlinien überschritten werden, f) <u>jegliche</u> Verträge der Gesellschaft mit Gesellschaftervertretern, Aufsichtsratsmitgliedern und Geschäftsführern oder ihnen nahestehenden Personen, (neuer Vertrag § 12, Ziffer 3, Bst. k) g) Wahl des Abschlussprüfers auf Vorschlag des Aufsichtsrates, (neuer Vertrag § 12, Ziffer 3, Bst. n) h) Entlastung der Geschäftsführer und der Mitglieder des Aufsichtsrates, (neuer Vertrag § 12, Ziffer 3, Bst. m) i) Genehmigung des Wirtschaftsplanes nach vorheriger Beratung und Beschlussempfehlung durch den Aufsichtsrat. (neuer Vertrag § 12, Ziffer 3, Bst. o) 	<p>3. Neben den in § 46 GmbHG <u>aufgezählten</u> Beschlusszuständigkeiten hat die Gesellschafterversammlung zu beschließen über</p> <ul style="list-style-type: none"> a) <u>Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen,</u> b) Veräußerung des Unternehmens oder von wesentlichen Teilen sowie Aufnahme neuer bzw. Aufgabe bestehender Geschäftszweige, c) Erwerb und Veräußerung sowie Verfügungen über Beteiligungen an anderen Unternehmen, ferner Abschluss, Änderung und Aufhebung von Unternehmensverträgen, d) Errichtung oder Aufgabe von Zweigniederlassungen, e) Erwerb, Belastung und Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten sowie die Errichtung von Gebäuden, <u>soweit dies von wesentlicher Bedeutung für die Gesellschaft ist oder die Interessen der Landeshauptstadt Magdeburg berührt,</u> f) Aufnahme von langfristigen Krediten, sowie von solchen, durch die die im genehmigten Wirtschaftsplan festgelegten Kreditlinien überschritten werden, g) <u>Einforderung von Einzahlungen auf die Stammeinlage,</u> h) <u>Teilung und Einziehung von Geschäftsanteilen,</u> i) <u>Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen die Geschäftsführung oder andere Gesellschafter,</u> j) <u>Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern,</u> k) Verträge der Gesellschaft mit Gesellschaftervertretern, Aufsichtsratsmitgliedern und Geschäftsführern oder ihnen nahestehenden Personen, (alter Vertrag § 11, Ziffer 3, Bst. f) l) <u>Feststellung des Jahresabschlusses und Verwendung des Ergebnisses,</u> m) Entlastung der Geschäftsführung und der Mitglieder des Aufsichtsrates, (alter Vertrag § 11, Ziffer 3, Bst. h)
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<p style="text-align: center;">§ 12</p> <p style="text-align: center;">Anfechtung von Beschlüssen</p> <p>1. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung können von den Gesellschaftern nur innerhalb einer Frist von einem Monat seit der Beschlussfassung angefochten werden.</p> <p>2. Die Anfechtungsfrist beginnt</p> <p>a) bei Beschlüssen in einer Gesellschafterversammlung mit dem der Versammlung folgenden Tag,</p> <p>b) bei schriftlichen und fernschriftlichen Beschlüssen mit Ablauf des dritten Tages, der der Absendung des Protokolls <u>gemäß § 11 Abs. 1, letzter Satz</u> folgt.</p> <p>Die Anfechtungsfrist ist nur gewahrt, wenn innerhalb der Frist das zuständige Gericht angerufen wird. (neuer Vertrag § 12, Ziffer 2)</p>	<p>n) Bestellung des Abschlussprüfers auf Beschlussempfehlung des Aufsichtsrates, (alter Vertrag § 11, Ziffer 3, Bst. g)</p> <p>o) Genehmigung des Wirtschaftsplanes nach vorheriger Beratung und Beschlussempfehlung durch den Aufsichtsrat. (alter Vertrag § 11, Ziffer 3, Bst. i)</p>
<p style="text-align: center;">§ 13</p> <p style="text-align: center;">Jahresabschluss</p> <p>1. Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss (Bilanz <u>nebst</u> Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang <u>sowie Lagebericht</u>) für das abgelaufene Geschäftsjahr in den ersten drei Monaten <u>des laufenden Geschäftsjahres</u> aufzustellen. Für</p>	<p style="text-align: center;">§ 13</p> <p style="text-align: center;">Jahresabschluss</p> <p>1. Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang) und <u>den Lagebericht</u> für das abgelaufene Geschäftsjahr in</p>

<p>die Aufstellung gelten die Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften gemäß <u>§ 267</u> HGB unabhängig von der tatsächlichen Größenklasse des Unternehmens.</p> <p>2. Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind unverzüglich nach Aufstellung dem Abschlussprüfer zur Prüfung vorzulegen. Die Prüfung ist entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen <u>Vorschriften sowie den Grundsätzen des § 53 Abs.1 und 2 HGrG durchzuführen.</u></p> <p>3. Die Geschäftsführung hat dem Aufsichtsrat den Jahresabschluss und den Lagebericht zusammen mit dem Prüfbericht des Abschlussprüfers unverzüglich vorzulegen. <u>Über das Ergebnis der Prüfung berichtet der Aufsichtsrat schriftlich an die Gesellschafterversammlung.</u></p> <p>4. <u>Nach Vorlage des Prüfberichtes des Jahresabschlussprüfers und nach erfolgter Behandlung im Aufsichtsrat ist unverzüglich eine ordentliche Gesellschafterversammlung zur Feststellung des Jahresabschlusses und der Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinnes einzuberufen.</u></p>	<p>den ersten drei Monaten <u>des Folgejahres</u> aufzustellen. Für die Aufstellung gelten, unabhängig von der tatsächlichen Größenklasse, die Vorschriften des HGB für <u>große Kapitalgesellschaften.</u></p> <p>2. Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind unverzüglich nach Aufstellung dem Abschlussprüfer zur Prüfung vorzulegen. Die Prüfung ist entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen <u>Bestimmungen durchzuführen und ist um die Prüfung der Vorschriften des § 53 Abs.1 und 2 HGrG zu erweitern. Der Prüfbericht des Abschlussprüfers hat einen separaten Erläuterungsteil zu beinhalten.</u></p> <p>3. Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss und den Lagebericht zusammen mit dem Prüfbericht des Abschlussprüfers unverzüglich <u>nach Vorlage des Prüfberichtes</u> dem Aufsichtsrat vorzulegen. <u>Der Abschlussprüfer nimmt an den Beratungen des Aufsichtsrates zum Jahresabschluss teil und berichtet über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung. Die Beschlussempfehlung des Aufsichtsrates zum Jahresabschluss und zum Lagebericht und der Bericht des Aufsichtsrates an die Gesellschafter sollte bis zum 30. Juni des Folgejahres erfolgen.</u></p> <p>4. Die Geschäftsführung hat den Prüfber-</p>
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

5. Unbeschadet der Regelungen des § 325 HGB sind die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses ortsüblich bekanntzumachen. Gleichzeitig sind der Jahresabschluss und der Lagebericht auszulegen. In der Bekanntmachung ist auf die Auslegung hinzuweisen.

§ 14

Recht auf Einsichtnahme

1. Die Landeshauptstadt Magdeburg sowie die für die Landeshauptstadt zuständigen Prüfungseinrichtungen sind befugt, durch Beauftragte Einsicht in den Betrieb sowie in die Bücher und Schriften der Gesellschaft zu nehmen; ferner stehen ihr die Befugnisse nach § 53 HGrG zu.
2. Das Rechnungsprüfungsamt der Landeshauptstadt Magdeburg hat die Befugnisse aus § 54 HGrG.
3. Das Rechnungsprüfungsamt der Landeshauptstadt Magdeburg hat darüber hinaus die Prüfungsrechte aus § 129, Abs. 2 GO LSA.
4. Die vorstehend genannten Befugnisse bestehen unabhängig von der Höhe der Beteiligung der Landeshauptstadt Magdeburg an der Gesellschaft.

§ 15

richt des Abschlussprüfers unmittelbar nach Erhalt der Teilungsverwaltung unaufgefordert in 3-facher Ausführung zur Verfügung zu stellen.

5. Der Beschluss der Gesellschafterversammlung zur Feststellung des Jahresabschlusses ist zusammen mit dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes sowie der beschlossenen Verwendung des Jahresergebnisses unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten der Gesellschaft durch die Verwaltung auf der Grundlage des § 121 Abs. 1 GO LSA ortsüblich bekannt zu machen.

§ 14

Recht auf Einsichtnahme

1. Die Landeshauptstadt Magdeburg ist befugt, durch Beauftragte Einsicht in den Betrieb sowie in die Bücher und Schriften der Gesellschaft zu nehmen; ferner stehen ihr die Befugnisse nach § 53 HGrG zu.
2. Das Rechnungsprüfungsamt der Landeshauptstadt Magdeburg hat die Befugnisse aus § 54 HGrG.
3. Die vorstehend genannten Befugnisse bestehen unabhängig von der Höhe der Beteiligung der Landeshauptstadt Magdeburg an der Gesellschaft.

<p style="text-align: center;">Wirtschaftsplan</p> <p>1. Rechtzeitig vor Beginn eines Geschäftsjahres hat die Geschäftsführung einen Wirtschaftsplan aufzustellen. Der Wirtschaftsplan besteht aus einem Erfolgs-, einem <u>Vermögens-</u> und einem Finanzplan sowie einer Stellenübersicht. Dem Wirtschaftsplan ist eine <u>fünfstufige</u> Wirtschaftsplanung zugrunde zu legen. Der Wirtschaftsplan und der <u>Fünfstufigenplan</u> sind dem Aufsichtsrat <u>und der Gesellschafterversammlung zur Genehmigung</u> vorzulegen.</p>	<p style="text-align: center;">§ 15 Wirtschaftsplan</p> <p>1. Die Geschäftsführung hat rechtzeitig vor Beginn eines Geschäftsjahres einen Wirtschaftsplan <u>für das nachfolgende Jahr</u> aufzustellen. Der Wirtschaftsplan besteht aus einem Erfolgs-, einem <u>Investitions-</u> und einem Finanzplan sowie einer Stellenübersicht. Dem Wirtschaftsplan ist eine <u>vierjährige</u> Wirtschaftsplanung (<u>mittelfristige Planung</u>) zugrunde zu legen. Der Wirtschaftsplan und die <u>mittelfristige Planung</u> sind dem Aufsichtsrat <u>unverzüglich zur Prüfung</u> vorzulegen.</p> <p>2. <u>Die Gesellschafterversammlung hat den Wirtschaftsplan und die mittelfristige Planung rechtzeitig vor Beginn des Wirtschaftsjahres zu genehmigen.</u></p>
<p style="text-align: center;">§ 16 Verfügung über Geschäftsanteile</p> <p>1. Veräußerung, Abtretung und Belastung von Geschäftsanteilen oder Teilen davon bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung der Gesellschafterversammlung.</p> <p>2. Gleichzeitig sind damit verbunden die entsprechenden kommunalrechtlichen Bestimmungen und Regularien gemäß §§ 116 – 124 GO LSA zu beachten.</p>	<p style="text-align: center;">§ 16 Verfügung über Geschäftsanteile</p> <p>1. Veräußerung, Abtretung und Belastung von Geschäftsanteilen oder Teilen davon bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung der Gesellschafterversammlung.</p> <p>2. Gleichzeitig sind damit verbunden die entsprechenden kommunalrechtlichen Bestimmungen und Regularien gemäß §§ 116 – 124 GO LSA zu beachten.</p>
<p style="text-align: center;">§ 17 Auflösung der Gesellschaft</p> <p>1. Im Falle der Auflösung der Gesellschaft erfolgt die Liquidation durch den oder die Geschäftsführer, sofern nicht durch Gesellschafterbeschluss andere Liquidato-</p>	<p style="text-align: center;">§ 17 Auflösung der Gesellschaft</p> <p>1. Im Falle der Auflösung der Gesellschaft erfolgt die Liquidation durch den oder die Geschäftsführer, sofern nicht durch Ge-</p>

<p>ren bestellt werden.</p> <p>2. Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall der steuerbegünstigten Zwecke fällt das Vermögen der Gesellschaft – soweit es die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter übersteigt – an die Landeshauptstadt Magdeburg zurück, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.</p> <p>3. Beschlüsse über die künftige Verwendung des Vermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamtes ausgeführt werden.</p>	<p>sellschafterbeschluss andere Liquidatoren bestellt werden.</p> <p>2. Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall der steuerbegünstigten Zwecke fällt das Vermögen der Gesellschaft – soweit es die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter übersteigt – an die Landeshauptstadt Magdeburg zurück, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.</p> <p>3. Beschlüsse über die künftige Verwendung des Vermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamtes ausgeführt werden.</p>
<p style="text-align: center;">§ 18</p> <p style="text-align: center;">Salvatorische Klausel</p> <p><u>Falls einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein sollten oder dieser Vertrag Lücken enthält, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmung ist eine Regelung zu vereinbaren, die dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung möglichst nahe kommt. Im Falle einer Regelungslücke ist eine Bestimmung zu vereinbaren, die dem entspricht, was nach Sinn und Zweck dieses Vertrages vereinbart worden wäre, wenn die Parteien die Angelegenheit von vornherein bedacht hätten.</u></p>	<p style="text-align: center;">§ 18</p> <p style="text-align: center;">Salvatorische Klausel</p> <p><u>Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein, wird dadurch die Wirksamkeit des Vertrages insgesamt nicht berührt. Vielmehr ist statt der unwirksamen Bestimmung eine wirksame Bestimmung zu vereinbaren, die den mit der unwirksamen Bestimmung bezweckten Erfolg ebenfalls herbeizuführen geeignet ist. Gleiches gilt für den Fall, dass sich eine Regelungslücke herausstellt.</u></p>
<p style="text-align: center;">§ 19</p> <p style="text-align: center;"><u>Kosten</u></p> <p><u>Die Gesellschaft trägt die im Zusammenhang mit der Errichtung und Durchführung dieses Vertrages stehenden Kosten bis zur Höhe von 2.500,- EUR.</u></p>	

Veränderungen werden durch Unterstreichen kenntlich gemacht